

- Es gilt das gesprochene Wort -

**Mitgliederversammlung Städte- u. Gemeindebund Bbg, 19.10.22 Elsterwerda**

**„Zusammen durch schwierige Zeiten“**

**Landtagspräsidentin Prof. Dr. Ulrike Liedtke**

Liebe kommunale Familie,

kaum eine Versammlung wirkt so wenig homogen wie diese, weil jeder von Ihnen ein Bürgermeister oder eine Bürgermeisterin ist, gewählt vor Ort, mit hohem Verantwortungsbewusstsein im Amt, eine Respektperson, ich stelle Sie mir in 300 Jahren gemalt an den Wänden Ihrer Rathäuser vor... Meine Damen und Herren Bürgermeister, ich empfinde die allergrößte Hochachtung vor Ihrer Arbeit!

Lieber Oliver Hermann, der Sie die vielen Individualisten zusammenhalten, lieber Herr Graf, liebe Frau Bürgermeisterin Anja Heinrich - Sie fehlen im Landtag Brandenburg, aber ich fürchte, die Bürgerinnen und Bürger von Elsterwerda werden Sie nicht so einfach wieder hergeben - lieber Ministerpräsident Dietmar Woidke, liebe Abgeordnete!

Vielen Dank für die Einladung und für die Gelegenheit, heute zu Ihnen zu sprechen.

Zusammen in schwierigen Zeiten.

Zusammen in der Familie, in Städten und Gemeinden, in Vereinen und Verbänden.

Familien sollen entlastet werden, die Städte und Gemeinden auch. Wenn ich alles zusammenrechne, die drei Entlastungspakete des Bundes, die des Landes, alle Bremsen und Deckel und Stützen, komme ich gut und gerne auf 200 Milliarden Euro, eine 2 mit 11 Nullen. Ich kann mir diese Summe nicht mehr wirklich vorstellen. Ebenso hoch ist das Sondervermögen für die Bundeswehr. Kein anderes europäisches Land ist in der Lage, eine solche Summe in Aussicht zu stellen. Vielleicht machen es die Anderen nicht nur anders, sondern auch besser, dennoch: den starken Abwehrschirm gibt es für uns. Und schon stört mich der militärische Begriff der Abwehr. Entlastung ist besser. Entlastung, weil es Belastungen gibt.

Die Krux ist nur: Von den Belastungen wird täglich gesprochen, wir glauben sie zu kennen, aber die Entlastungen sind noch nicht da. Das bereitgestellte Geld muss gerecht verteilt werden. Ein kluger logistischer Plan und ein riesiger Verwaltungsapparat müssen schnell und flexibel arbeiten. Sie stehen in den Startlöchern, danke dafür!

Weltpolitisch sind wir uns doch einig – Corona wirkt nach und ist noch nicht vorbei, die tägliche Kriegsberichterstattung aus der Ukraine bedrückt immer mehr, Energiekrise und Preissteigerungen kommen, geflüchteten Menschen wollen wir helfen, auch wenn es immer mehr und werden. Es wird schwieriger. Kriege werden nicht gewonnen, sie müssen beendet werden. Viele von uns haben Bertolt Brecht gelesen: „Kein Vormarsch ist so schwer wie der zurück zur Vernunft.“

Das ist die Beschreibung der Lage, wie wir sie alle kennen und zu spüren bekommen. In der Interpretation dieser Lage und in der Prognose, was noch kommen mag, mehren sich dagegen die Unterschiede:

Von einem „Wut-Winter“ ist die Rede, sogar von „Volksaufständen“. In solchen Prophezeiungen schwingt häufig auch Fatalismus mit, vielleicht unbewusst und ungewollt.

Auf der anderen Seite versuchen zahlreiche Verantwortliche in Politik und Gesellschaft, Lösungen der Probleme zu finden, Politiker, Bürgermeister, Landräte, auch Sie.

Unser Land steht nicht auf der Zerreißprobe.

Den Demonstranten müssen wir zuhören, viele sind besorgt, nicht rechts. Weil eben das Verhältnis von Belastungen und Entlastungen noch unklar ist.

Die Demonstrationen sind legitim. Wir müssen sie aushalten, Demokratie kann das, sie werden abebben. Wir haben sehr gerungen um diesen freiheitlichen Rechtsstaat und werden in der Krise einen klaren Kopf bewahren.

Über politische Entscheidungen darf, ja muss diskutiert werden; das tun wir im Landtag, das tut der Bundestag, und in den Gemeinden wird auch heftig gestritten.

Bei den Wahlen in diesem Jahr hat sich unser demokratisches System als überaus stabil erwiesen. In Bund und Ländern wie auch in den Kommunen arbeiten die demokratischen Kräfte in ganz unterschiedlichen Konstellationen zusammen: In den 16 Landesparlamenten gibt es derzeit 13 unterschiedliche Koalitionen (demnächst noch zwölf, wenn in Niedersachsen die letzte große Koalition abgelöst wird).

Das ist ein Beleg für die Lebendigkeit der deutschen Demokratie.

Meine Damen und Herren,

Zusammenhalt braucht aber auch einen Kitt in der Gesellschaft. Für mich sind es die Vereine und Verbände, die vielfältige Förderung aus den unterschiedlichen Töpfen bekommen können und sollen. Hier finden sich Menschen zusammen, die ein gemeinsames Ziel, ein Hobby, eine besondere Fähigkeit haben. Verbände und Vereine, von der Feuerwehr über Wohlfahrtspflege bis zu Sport- und Kulturvereinen, halten diese Gesellschaft zusammen

Deshalb möchte ich Sie ermutigen:

Halten Sie Kurs, bleiben Sie der Fels in der Brandung, verbreiten Sie Zuversicht, und fördern Sie vor Ort Ihre Verbände und Vereine, den Kitt der Gesellschaft.

Möge uns das gemeinsam gelingen!